

NRW-Abgeordnete fahren in Saarbergwerk ein

Der Ausschuß für Grubensicherheit hielt seine erste Sitzung im neuen Jahr am 15. Januar bei der Saarbergwerke AG in Saarbrücken ab. Im Vordergrund der Beratungen standen der Erfahrungsaustausch mit Bergbauexperten und mit Mitgliedern des saarländischen Landtagsausschusses für Grubensicherheit sowie Informationen über den Stand der technischen Unfallverhütung und den Arbeitsschutz im Saarbergbau.

Hauptpunkt des Arbeitsprogramms war eine Einfahrt auf der Grube Ens Dorf der Saarbergwerke AG, an der auch die zuständigen Beamten des nordrhein-westfälischen und des saarländischen Wirtschaftsministeriums sowie der Präsident des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen und der Leiter des Oberbergamtes für das Saarland und das Land Rheinland-Pfalz teilnahmen.

Vor der Grubenfahrt gab Bergwerksdirektor Wolfgang Schmidt-Koehl, Vorstandsmittglied und Leiter der Sparte „Kohle“ der Saarbergwerke AG, einen Überblick über die technische und wirtschaftliche Situation des Saarbergbaus; er stellte insbesondere die Grube Ens Dorf vor. Sie liegt mit einer Schichtleistung unter Tage von 5,4 Tonnen pro Mann und Schicht an der Spitze aller Saargruben und zugleich in der Spitzengruppe des westeuropäischen Bergbaus.

Mit bauwürdigen Kohlevorräten von insgesamt 120 Millionen Tonnen und



Parlamentarier unterm Forderturm: die Landtagsausschüsse für Grubensicherheit von Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes vor der Einfahrt auf der Grube Ens Dorf bei Saarbrücken.
Foto: Saarbergwerke AG

einer für die Zukunft geplanten Tagesförderung von 10 000 Tonnen werde die Grube Ens Dorf, die im übrigen seit Jahren in der Unfallentwicklung an günstigster Stelle der Saarberggruben liege, wesentlich zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Saarbergbaus und der Montanindustrie beitragen.

Über die Organisation der Sicherheitsdienste im Saarbergbau sprach Bergwerksdirektor Günter Schliesing. „Es ist offensichtlich“, so Schliesing, „daß die Berufung von besonderen Fachkräften für Arbeitssicherheit und von Sicherheitsbeauftragten neue Impulse gegeben hat, und es ist damit zu rechnen, daß der rückläufige Trend der Unfallentwicklung sich in Zukunft noch verstärken wird.“

Der Vorsitzende des NRW-Landtagsausschusses für Grubensicherheit, Hans Ferner (SPD), betonte, daß die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen für Grubensicherheit des nordrhein-westfälischen und des saarländischen Landtags wertvolle Anregungen für die Arbeit beider Gremien gegeben habe und deshalb in Zukunft weiter intensiviert werden solle, um die Sicherheit der Bergleute am Arbeitsplatz zu verbessern, wozu auch die Verbesserung der Arbeitsumwelt zähle. Der fortlaufende Wandel der Bergtechnik bringe auch die Notwendigkeit mit sich, die Methoden der Unfallverhütung und der Stärkung des Sicherheitsbewußtseins dieser Entwicklung anzupassen.

Nachwuchswerbung der Polizei finanziell gesichert

Die abschließende Beratung des Einzelplans 03 (Innenminister) des Haushaltsplans 1976 im Ausschuß für Innere Verwaltung war von dem einmütigen Wunsch der Abgeordneten geprägt, die angesichts der gegenwärtigen Finanzlage ohnehin knapp bemessenen Haushaltsansätze möglichst nicht zu überschreiten, eher noch zu überlegen, ob weitere Einsparungen erzielt werden könnten. Diese Absicht wurde insbesondere durch eine Reihe von Anträgen der CDU-Fraktion deutlich, die auf Kürzung der für die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung zur Nachwuchsgewinnung vorgesehenen Mittel zielten.

Die CDU hielt eine derart intensive Tätigkeit der Anstellungsbewerber wie in der Vergangenheit angesichts der vorhandenen Bewerber nicht mehr für gerechtfertigt. Die allgemeine Werbung z. B. der Arbeitsämter sei ausreichend.

Die Mehrheit des Ausschusses lehnte jedoch den Antrag auf Kürzung um 200 000 DM und Streichung von weiteren 100 000 DM der für die Öffentlichkeitsarbeit vorgesehenen Haushaltsmittel mit der Begründung ab, daß einerseits wegen des größeren Angebots von Bewerbern weitaus höhere Vorstellungskosten entstünden, andererseits die Einschränkung der publizistisch notwendigen Maßnahmen nicht nur das Innenministerium, sondern auch die Kreispolizeibehörden betreffen würde.

Die F.D.P.-Fraktion konnte sich mit ihrer Meinung, unterstützt von den übrigen Mitgliedern der Koalition, durchsetzen, daß eine unverzügliche Auflösung der Geschäftsstelle der „Internationalen Organisation der Polizei (F.I.S.P.)“ nicht verantwortet werden könne, aber aus dem Haushalt 1976 ein Drittel der vorgesehenen Zuschüsse mit dem Ziel einer Abwicklung der Geschäfte bis Jahresende eingespart werden sollten.

Die CDU unterlag demzufolge mit ihrem Antrag, den in Höhe von 60 000 DM vorgesehenen Gesamtansatz zu streichen. Nachdem der Innenminister versicherte,

von der Verwendung der „Chemischen Keule“ vor einer erneuten ausführlichen Erörterung im Innenausschuß abzusehen, rückte die SPD-Fraktion von ihrer angekündigten Absicht ab, den zur Beschaffung dieser Polizeiwaffe vorgesehenen Betrag zu streichen oder zu sperren.

Bei der Beratung des Stellenplans begründete Margarete Versteegen den Antrag der CDU-Fraktion, wonach die vor einem Jahr eingerichteten zusätzlichen Stellen des gehobenen Dienstes der Kriminalpolizei in diesem Jahr geschlüsselt werden sollten. Die Koalitionsfraktionen erkannten das Anliegen im Grundsatz an, wiesen den Antrag jedoch mit dem Hinweis auf die angespannte Haushaltslage zurück und brachten zugleich ihr Bedauern zum Ausdruck, die Vorstellungen der Gewerkschaft der Polizei nicht verwirklichen zu können.

Zur Deckung der durch eine Nachschlüsselung entstehenden Mehrkosten diene der weitere Antrag der CDU-Fraktion

Fortsetzung auf Seite 11